

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; kurz die Post bezogen 2,75 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. V. Halle, Verkehrsstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 3 Goldmarken f. d. Wochensache. 5 Goldmarken f. d. Wochensache im Zeitungs-Monatspreis zu richten nach Halle, Verkehrsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagskonto: 106845 Akt. Rech. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 11. Oktober 1924

4. Jahrgang \* Nr. 188

## Zum Kampf entschlossen!

Immer mehr Betriebe für die Gothaer Forderungen

Wittenberg, 11. Oktober.  
Die gestern stattgefundene Besetzungserklärung der Firma Wegig (400 Mann) und einiger Kleinbetriebe nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Besetzungen begrüßen die 10 Forderungen der Gothaer Betriebsräte und machen sie zu den ihren.“

Diese Mindestforderungen müssen unter allen Umständen durchgesetzt werden. Das Dringlichste des WDB, was unversäglich mit den Gothaer Betriebsräten und darüber hinaus die Verbindung mit den übrigen Betrieben der Branche zum Zweck gemeinsamer Kampffront. Darum rufen wir die Besetzten der gesamten Arbeiterklasse zu: Schließt die Reihen zum revolutionären Kampf!“

Außerdem wurde eine Entschlossenheit angenommen, die sich gegen den Terror der Kälitzsch wendet und die sofortige Freilassung der 7000 inhaftierten politischen Gefangenen fordert. Es wurde

ein Delegierter gewählt,

der zur Reichstagesöffnung in Verbindung mit anderen Betriebsdelegierten in Berlin die Freilassung der Gefangenen fordern soll.

### Auch die hallischen Metallarbeiter

Halle, 11. Oktober.

Die gestrige gut besetzte Mittlere Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Halle, nahm gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

„Die Mittlere Versammlung vom 10. Oktober erkennt die unbedingte Notwendigkeit an, für die Gewinnung der Unorganisierten zu arbeiten. Sie erlobt in den von dem Gothaer Ortsausflug und den Betriebsräten erzielten Forderungen ein geeignetes Kampfsprogramm und ist bereit, an deren Verwirklichung mit allen Kräften mitzuarbeiten.“

Außerdem wandten sich in der Diskussion mehrere Mitglieder gegen den Beschluß, den der erweiterte Beirat gegen die ZAB gefaßt hat.

### Steigende Arbeitslosigkeit im Witterfelder Industriebezirk!

Mit weiteren Entlassungen zu rechnen

Der Witterfelder Arbeitsnachweis berichtet:

„Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Monat September hielt sich unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im hiesigen Bezirk günstig. Die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen liegt von 722 im Anfang auf 508 zu Ende des Monats. Leider zeigen die ersten Tage des Oktober eine erhebliche Verschlechterung an, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt der Kaufmännischen und technischen Angestellten. Wenn nicht die Handkaufmännischen und technischen Angestellten einen erheblichen Bedarf an Arbeitskraft und die Zuerstehenden erheblichen Bedarf an Arbeitskräften hätten, den sie zum erheblichen Teil ohne Anspruchnahme des Arbeitsnachweises decken, würden die Erwerbslosen zahlen ganz erheblich in die Höhe gehen. Es ist mit weiteren Betriebsbeschränkungen zu rechnen.“

### Zeiger Bauarbeiter im Streik

Zeig, 11. Oktober.

Nach Nichtunterzeichnung des gefällten Schiedsspruchs seitens der Unternehmer beschloßen die Zeiger Bauarbeiter mit 246 gegen 26 Stimmen, in den Streik zu treten.

### Zunahme der Erwerbslosigkeit!

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 11. Oktober.

Die Erwerbslosigkeit nimmt immer mehr zu. Trotz der fallenden Berichte der Reichlichen Ämter. Im Rheinland sind in letzter Zeit wieder größere Entlassungen auf den einzelnen Betrieben des Volkswirtschaftlichen Kongresses vorgekommen. So hat die Hönitz ihre sämtlichen Kongress-Monteur entlassen. K. Heinen in e. V. hat die Hälfte der Arbeiter nach der anderen; auf der Zeche „Alte Eiche“ und im Abteilung der Stahlwerke sind mehrere hundert Arbeiter entlassen worden. Die größte Metallfirma von Rhein, die Firma Max Schörl hat früher eine Gesamtbesetzung von 15000 Mann. In der letzten Zeit waren nur noch 400 Arbeiter beschäftigt. Davon sind jetzt wieder der vierte Teil entlassen worden. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Arbeiters, die kommunistische Presse genau zu informieren, von allen Betriebsbeschränkungen und Entlassungen. Die Reichsämter fällen bewußt die

Zahlen der Erwerbslosigkeit. Die Gewerkschaften geben nur ungenügende Informationen über den Grad der Stilllegungen.

### Hungerstreik für die Metallgruppe Norwest

(Eig. Drahtm.) Essen, 11. Oktober.

In den Vorkundgebungen der VII. nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie fällt der latium bekannte sozialdemokratische Schlichter Wehlich einen Streikspruch, der das Lohnabkommen löst, an. Der Streik der Hilfsarbeiter 48 Pf. und der Tariflohn der Facharbeiter über 21 Jahre 60 Pf. beträgt. Die Arbeitslosenzahl wird um 4 Pf. erhöht.

### Abgelehnt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. Oktober.

Bei der Urabstimmung über den Streikspruch für die Berliner Gas- und Wasserwerke stimmten 7502 mit Nein und 472 mit Ja. Der Streikspruch wurde also mit 90 Prozent abgelehnt.

### Es wird weiter gehandelt

Die Frage der Regierungsumbildung ist keinen Schritt weiter gekommen. Die Öffentlichkeit wird durch die widersprechenden Nachrichten in Atem gehalten. Während WDB, mittelfristig, die Aufschüben der Dames-Richtlinien des Reichsfinanzers anerkennen, berichtet die Demokratische Korrespondenz, daß wahrscheinlich alles beim alten bleibt. Auch die Version von dem „Reberparteilichen Kabinett“ mit sogenannten „Administratoren“ taucht wieder auf.

Der Arbeiterkampf nach dieser ganzen Regierungsumbildung gleichgültig bleiben. Es ist gleichgültig, ob Ludendorff, Hergt, Marx oder Hermann Müller den Reichsanstößler stellt, ob die Regierung die demokratische, nationale oder sozialdemokratische heißt. Die Regierungspolitik ist ein und dieselbe. Sie ist durch die Annahme der Dames-Gesetze festgelegt.

Für die Arbeiterklasse gibt es nur eins: Kampf gegen jede Regierung, die die Dames-Gesetze durchführt.

### Neue Zuchthausurteile!

Essen, 10. Oktober.

Das Schwurgericht verurteilte die Genossen Heinrich Bensch, Otto Urban und Theodor Scherer wegen eines angeblichen Handgranatensprengens auf das 18. Polizeirevier. Und zwar Bensch und Scherer zu je sechs Jahren, Urban zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Leipzig, 10. Oktober.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Donnerstag sechs Genossen aus Friedrichshagen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Es erlitten der Genosse Karl Kas 4 Jahre Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, Genosse Karl Daurer 3 1/2 Jahre Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, Genosse Karl Loh 2 1/2 Jahre Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Genosse Otto G., Genosse Franz Lang und Genosse Döber 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wird behauptet, daß die Angeklagten die Verwirklichung der Ziele der kommunistischen Partei unter Umständen mit Waffengewalt anstrebten.“

### Stahlhelm-Sporttag doch gekattet

Das hallische Polizeipräsidium teilt uns mit: „Die Veranstaltungen des „Stahlhelm“ unter freiem Himmel sind für den 12. Oktober verboten.“

Aus dieser Verfügung geht klar hervor, daß die Stahlhelm-Rundgebung in geschlossenen Räumen, die außer den Vorkundgebungen unter freiem Himmel längst geplant waren, doch gekattet sind. Die gestrigen Mitteilungen waren also eine hebe- wußte Zerkleinerung der hallischen Arbeiterklasse. Auf obige Mitteilung wird uns erst nach Redaktions- schluß übermitteln. Die Maerker, Duerferberger und Jüttner werden also doch unter dem Protektorat ihrer Generierung, Grüner, Ränge ihre Blutruden gegen die Arbeiterklasse halten.

### Die „Vollsgemeinschaft“

Die Sozialdemokratie wird durch eine Reihe wichtiger politischer Ereignisse gezwungen, zu den Fragen „Vollsgemeinschaft“, „Bürgergemeinschaft“, Stellung zu nehmen. Für die Antierdamer und Londoner handelt es sich bei der Erörterung dieser Probleme nicht um eine theoretische Klärung, sondern um eine widerliche Heuchelei zum Zweck der Irreführung der Arbeiter, um sie doch für ihre arbeitsergemeinschaftliche Politik zu gewinnen.

Im „Vorwärts“ vom 4. Oktober, meldet sich Aufhäuser und entsetzt auf einmal, daß „Vorlig“ seit Wochen die Schaffung einer neuen Arbeitsergemeinschaft, getragen von den Volksgemeinschaften, propagiert.“

Wir können Aufhäuser und Co. etwas nachhelfen, denn das deutsche Unternehmertum hat die bisher bestehende Arbeitsergemeinschaft nicht deshalb zerfallen, um die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in eine Klassenfront gegen die Bourgeoisie zu bringen, sondern um eine neue Arbeitsergemeinschaft auf einer neuen Grundlage zu schaffen, denn die Bourgeoisie weiß, daß die Reformisten wieder dafür zu gewinnen sind, weil sie durch die Verneinung der proletarischen Revolution auf die Kon- stitution nicht verzichten können. Dieses Programm ist von der deutschen Bourgeoisie bereits im Frühjahr auf der Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände geschaffen worden. Das war der Sozialdemokratie nicht unbekannt. Und sie war sichtlich bemüht, den Anschlag an diese „neue“ Arbeitsergemeinschaft nicht zu verpassen. Sie soll jetzt getötet werden mit der großen Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, — mit der schwerindustriellen Volkspartei hat sich die SPD schon abgefunden — um die Regierung der „Vollsgemeinschaft“ zu schaffen. Daß diese Politik nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, haben das revolutionäre Proletariat, die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeitsergemeinschaft schon längst erkannt. Es ist aber nicht uninteressant, ihre Aufhäuser zu zitieren, weil seine Feststellungen eine schwere Anklage sind gegen die Politik, die er und die Gewerkschaftsbürokratien führen:

„In den Jahren des Weltkrieges war die Politik des Bürgerfriedens (für den Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführer ihre ganzen Partei- und Gewerkschaftsapparate eingesetzt haben) für die Parteigängerin ganz einträglich. In der Zeit des politischen Widerstandes sollte die nationale Einheitsfront (die wiederum nur durch die verärrliche Gewerkschaftsbürokratie gebildet werden konnte), neben „Steuererleichterung“ für die Bestehenden dazu dienen, wichtige soziale Entscheidungen, wie die Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, auf später zu vertagen. Als dann die Massen der Arbeiter Angehörigen und Beamten im Weltkrieg und im Ruhrkrieg ihre Schuldigkeit getan hatten, mußte die Stabilisierung der Währung dazu herhalten, um den wertfähigen Menschen in Deutschland eine soziale Ertragskraft nach der anderen tauben zu können. In dieser Zeit haben die heutigen Freunde der Vollsgemeinschaft alle bestehenden politischen und wirtschaftlichen Arbeitsergemeinschaften gepregnet, um so freie Bahn für die soziale Reaktion zu schaffen.“

Und weiter ruft Aufhäuser entsetzt aus: „Arbeitsergemeinschaft in einem Augenblick, in dem das Unternehmertum seinerseits den schärfsten Klassenkampf gegen die Arbeiter führt. Bürgerfrieden zu einem Zeitpunkt, da die Sozialpolitik und der Achtunderttag abgebaut, die Rechte unerträglich gesunken sind.“

Es scheint, als wolle Aufhäuser gegen die Offensive des Kapitals und gegen die Arbeitsergemeinschaftspolitik eine Lanze brechen. Dem ist wirklich nicht so. Denn Aufhäuser ist den Sozialpartei, Röchel, Dörmann und Konforten durchaus schuldig. Sie alle sind gleich im Kampfe gegen die Gewerkschaftsopposition, in der Vereitelung der Organisierung von Kämpfen gegen die Angriffe des Kapitals.

Es ist ganz gleichgültig, ob Aufhäuser alle diese Dinge sieht oder verkennt. Tatsache aber ist, daß die Antierdamer, die im Jahre 1914 begonnene Arbeitsergemeinschaft und Koalitionspolitik im Jahre 1918, während des Ruhrkrieges und in allen entsprechenden Kämpfen des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie sich entschieden haben.

Die Sozialdemokraten waren auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik. Die dort vorgetragenen Auffassungen der Gewerkschaftsführer sind von dem Gedanken des Klassenkampfes weit entfernt. Auch auf dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik, der den Direktoren des Internationalen Arbeitsamtes in Genf folgt, das im französischen und englischen Interesse

Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr

## Öffentliche Volksversammlung

im „Volkspark“  
ARD. Ortsgruppe  
Halle



# Stahlhelmtag, Runge und „Blättchen“

## Zum Verbot des Stahlhelm-Sonntags

Salle, 11. Oktober.

Wie wir gestern bereits meldeten, hat der Regierungspräsident Dr. Grüner den Stahlhelm-Sonntagsabend verboten. In einem Schreiben, das Grüner an den Bund der Frontsoldaten richtete, gibt er eine interessante Begründung dieses Verbotes.

Aus diesem Schreiben geht mit Deutlichkeit hervor:

1. Grüner hat grundsätzlich nichts gegen den Aufmarsch der Stahlhelm-Faschisten einzuwenden.
2. Das Verbot ist nur erfolgt wegen einiger taktischer Ungeheuerlichkeiten der Stahlhelmlaute, d. h. weil sie das Maul vorher zu voll genommen und ihre Gesäner und Förderer im holländischen Polizeipräsidium und in der Meuseburger Regierung dadurch in eine unangenehme Lage gebracht haben. Vor allem sind es die persönlichen (!) Anwürfe gegen Grüner, die diesen zu dem Verbot veranlaßten.

Anschließend ist auf Grüner von oben, d. h. vom Preussischen Innenministerium ein Druck zum Verbot des Stahlhelmtages ausgeübt worden. Sorewing weiß, daß er auf dem Abbaueiert steht, daß seine Lage gesäht ist. In seinen Schwärzungen im Sonntag hat er schon versucht, sich einen guten Abgang zu sichern. Von kann nichts gelegener sein, als im Kampf um die Genehmigung faschistischer Aufmärsche geführt zu werden. Sorewing gelüftet es anschließend nach der Rolle des republikanischen Wärters. Die SPD, die eine ausgeprochene Wahlmaschine ist, hat sich in Preußen angeschlossen schon auf die kommende Wahlkampagne eingestellt und munt heute bereits den starken Republikaner.

Trotzdem wird die holländische Arbeiterkraft sich nicht den Blättern lassen für die Taktik, daß sowohl das Wachsen des Stahlhelms in Mitteldeutschland, als auch solche protostatorische Demonstrationen, wie die für morgen geplanten nur möglich waren infolge des liebevollen Verständnisses der an den amtlichen Stellen sitzenden Sozialdemokraten. Wir befragen uns da auf einen unerbittlichen Zeugen. Der „Vorwärts“ das „Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, schreibt in seiner gelrigen Abendnummer wörtlich:

„Der Verbot des holländischen Polizeipräsidenten, den Republikanischen freie Bahn zu schaffen, ist damit gescheitert.“

## Und immer wieder Preisabbauwindel

Jetzt sind es sogar, nach den Meldungen der bürgerlichen Presse, ausgerechnet der Reichsanwaltminister Lüder und der Reichsernährungsminister Kaniß, die dem deutschen Volk billige Lebensmittel verschaffen wollen. Interessante Eingekündigte werden dabei gemacht, die ein bescheidenes Licht auf die Politik der Marx-Regierung werfen und die das bestätigen, was wir Kommunisten hier immer behauptet haben.

So wird festgestellt, daß die Landwirtschaft infolge der Kreditverknüpfung und der Steuererhöhung, die Regierung hat den „notleidenden“ Agrariern Geld zu äußerst niedrigen Prozentsätzen gestrichelt, mit dem Verlust der neuen Ernte abgerechnet, wodurch Preissteigerungen verhindert werden. Gänzlich wird die Agrarier auf solche Weise zum Verlust der Ernte zwungen. Er mit die im großen Umfange gewährten Steuererhöhungen, einstränkten und ihnen nicht mehr so viel Kredit geben, die Agrarier werden trotzdem nicht ihre Ernte verkaufen, höchstens die Acker- und Mittelbauern, die durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen werden. Die eckigartigen, die niemals Not gelitten haben, haben sich durch die gewöhnlichen Steuererhöhungen mit Dummgeißeln eingekleidet, deshalb die jetzige Konjunktur im Kalteberauben, sie können die Ernte zurückhalten bis die Preise des Getreides infolge der Mähernte und der kommenden Schmelze hinaufgefahren sind. Diese Maßnahmen des Lüder und Kaniß sind unbrauchbar, nur der Klein- und Mittelbauern wird zum Verlust gezwungen, die natürlich nicht so viel Getreide auf den Markt bringen können, um eine Verbilligung herbeizuführen.

Den Agrariern sind große Steuererhöhungen gemüßt worden. Wenn ein Arbeiter nach jahrelanger Arbeitslosigkeit einen Tag arbeitet, dann wird ihm ohne weiteres 10 Prozent von seinem Gehalt abgezogen. In diesem Jahre hat die Steuer nicht nur fünf Prozent, ihm wird jede Mark fofort besteuert. Und die Sozialdemokraten beschließen den 10prozentigen Steuerabzug als die ideale Steuerzahlung.

Diese neuen Maßnahmen der Dames-Regierung zeigen, daß ihre übertriebene Politik eben das Schlimmste erlitten hat. Welche wurde die „amen, notleidenden“ Agrarier unterworfen, sie werden durch die Maßnahmen noch weiter unterworfen. Wie kann denn auch ein Agrarier, der doch der Graf Kaniß, der Reichsernährungsminister, ist, die anderen Agrarier in ihren Provinzen bedrücken. Verbilligte Lebensmittel wird erst die Proletariatdiktatur schaffen.

## Neue Forderungen der Hohenzollern

### Aus dem preussischen Verfassungsausschuß

Berlin, 8. Oktober.

Das preussische Ministerium, in dem drei Sozialdemokraten sitzen, hat bekanntlich monatlich 50 000 Mark an den defizitieren Hohenzollern, ferner jährlich über 3 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der ehemaligen Hofverwaltung. Aber auch diese Verschwendung von Volkseigentum an die Hohenzollern scheint den bürgerlichen Parteien noch nicht genügt. Zentrum und Deutsche Arbeiterpartei haben heute ihren Antrag gestellt, den Mitgliedern der ehemaligen Hofverwaltung sofort zurückzuführen, was durch irgendein Zinsgericht den Hohenzollern als Privatigentum zugehört worden ist. Wilhelm von Hohenzollern hat nämlich eine Reihe von Verträgen gegen den Fiskus angeknüpft, um sich sein Privatigentum an den Hohenzollern zu sichern. Die Entschädigungen der Gerichte haben nur keineswegs die Beschlagnahmeverordnungen vom November 1918 auf. Der Preussische Hofes kann auf Grund dieser Verordnungen auf den Gerichten anerkanntes Privatigentum der Hohenzollern zurückbehaltend. Eine zeitliche Anknüpfung der Beschlagnahme ist überhaupt nicht möglich. Zentrum und Sozialdemokraten wollen jetzt durch Beschluß der Finanzminister veranlassen, trotz der Beschlagnahmeverordnung den Fiskus zurückzugeben, der von den Gerichten als Privatigentum der Hohenzollern erklärt worden ist. Das würde natürlich die Stellung der Hohenzollern in den Vergleichsverhandlungen mit dem Preussischen Staat außerordentlich stärken.

Am Dienstagabend kam der Antrag im Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages zur Besprechung. Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten forderten Vertagung, um später gemeinsam der vorliegenden bürgerlichen Antrag mit einem kommunistischen Antrag und der Deutlichkeit der Regierung über die Verhältnisse bekannt zu machen. Die Regierung hat die bürgerlichen Lehnen schon das ab, weil sie es sehr eilig haben, den Hohenzollern neue Geschenke zu machen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei logen überhaupt kein Wort zur Begründung des bürgerlichen Antrags. Das Zentrum bestränkte sich auf den Hinweis, daß es schon im Jahre 1866 der Beschlagnahme des Hohenzollern Kronvermögens durch Bismarck widersprochen habe. Demokraten und Sozialdemokraten übten nur eine rein formale, juristische Kritik an dem vorliegenden Antrag.

Und bei Besprechung des faschistischen Aufmarschprogramms heißt es ebenfalls wörtlich:

„daß der holländische Polizeipräsident durch die Genehmigung des gefaschelten Aufmarsches der Frontkämpfer die Voraussetzung zur Erteilung derartiger Instruktionen geschaffen hat.“

Das ist deutlich! Der „Vorwärts“ stellt hier eindeutig fest, daß die Sozialdemokrat Runge ein bewußter Schrittmacher des Stahlhelms ist. Das übertrifft uns nicht. Die Wirksamkeit Runges in den letzten Jahren, seine Heidentaten gegen die Räter und holländische Arbeiterkraft beweisen unläuglich, daß wir es mit einem abgemeinten Reaktionsär zu tun haben. Nun rückt auch die Sozialdemokratie vor ihm ab. Natürlich nicht aus ehrlicher Empörung, sondern weil Runge ihnen zu tollpatschig vorgeht. Die klugen SPD-Schleher kennen feinere Methoden, um der Reaktion den Steigbügel zu halten. Wer so plump vorgeht, wie Runge und Leinert, der bekommt auch von seinen ununterrichteter Seite mitgeteilt wird, liegt bereits wieder ein Antrag auf Ausschluß Runges aus der SPD.

Das wäre der dritte seit Runges glorreicher Polizeipräsidentenschaft. Wir haben allerdings nicht ein, was dieier Ausschluß für eine Berechtigung haben soll. Runge, der Polizeifreund, der Förderer reaktionärer Modbräde, der Mann, dessen Hauptbetreuen darin liegt, den Duesterberggarden „freie Bahn“ zu schaffen, dieser selbe Runge paßt doch so vorzüglich in die SPD. Warum sollte das, was Leinert und Koste recht ist, dem Runge nicht billig sein? Anschließend steht hinter dem Ausschlußantrag die bewußte örtliche SPD-Elite, die Döth und Konforten, die selber auf den angenehmen Runge-Pösten spekulieren.

Das „Vollblatt“-Geheiß gegen Runges Haltung zum Stahlhelmtag hat also ganz reale Motive. Wenn Blättchen im übrigen ein großes Geheiß über den verbotenen Stahlhelmtag erhebt, so raten wir ihm an, doch lieber das Maul zu halten. Die Geschichte dieses Faschistenaufmarsches hat mit solcher Deutlichkeit den sozialdemokratischen Sumpf enthüllt, daß wohl kaum ein holländischer Arbeiter sich wird, der den wahren Charakter dieser Partei des Faschismus erkennen wird.

Die SPD wird noch Gelegenheit nehmen, in aller Deffektivität zur holländischen Arbeiterkraft über den Standal des 12. Oktober zu sprechen!

arbeiten, waren die Amerdeamer wieder zahlreich vertreten. Aus Deutschland waren allein 18 Vertreter der deutschen Gewerkschaften, aus Oesterreich nahezu 30 sozialdemokratische Vertreter anwesend, um des waren keine unbedeutenden Personlichkeiten. Umbreit, Brandes, Willst, Knoll, Linemann, Jädel, Gertrud Panne usw. aus Deutschland sahen dort in trauer Gemeinschaft mit den Vertretern der Bourgeoisie. Ohne Ausnahme haben alle Amerdeamer für die loschafene internationale Arbeiterbewegung ihre Stimme für die wichtigsten Prinzipien der Arbeiterbewegung ihre Stimme für die dort gelagerten Beschlüsse gegeben. Und das alles, obwohl der Wiener Sozialdemokrat Dr. Karl Renner, erklären mußte, daß jene Thesen weit hinter der mittleren Linie, die er in seinen Thesen aufgestellt habe, zurückbleiben, ja, daß sie weit zurückbleiben hinter dem, was in einigen kapitalistischen Ländern bereits durchgeführt ist. Und die ganze sozialdemokratische Presse veröffentlichte diese Beschlüsse ohne jeden kritischen Kommentar. Wie die bürgerliche Presse, so setzen auch sie den Kongreß für Sozialpolitik, der nichts anderes ist, als eine große internationale Demonstration für die sogenannte Sozialpolitik, um zu beweisen, daß die reaktionären Mächte daran sind, den Arbeitern die letzten Rechte zu nehmen.

Zoubau, der Vertreter der Amerdeamer Gewerkschaftsinternationale, war einer der zahlreichsten Sprecher auf dem Kongreß. Die Sozialdemokraten setzten ausnahmslos die Bedeutung dieses Kongresses in der Beibehaltung einer Volksgemeinschaft zur Zusammenfassung aller gesellschaftlich-fortschrittlichen Kräfte. Zoubau verteilte den Standpunkt, daß der Kongreß zum Ausgangspunkt der Schaffung einer internationalen Gemeinschaft gemacht werden mußte.

Aufhäuser hat alle diese Dinge bekannt. Seine Notiz im „Vorwärts“ ist deshalb ein frecher Betrug zum Zwecke der Täuschung der Arbeiter.

Die Arbeiter aber müssen erkennen, daß die Bourgeoisie ernsthaft daran geht, die Arbeitergemeinschaftspolitik der Reformisten auszunutzen, um mit den Arbeitern Volksgemeinschaften zu schaffen. Auch die Gewerkschaftsbureaucratie wird sich, wenn der Überhand der Arbeiterklasse ihnen das nicht unmöglich macht, dazu bereifunden. Denn noch fken die Wölfe und Konjorien im Reichsministerium mit den Unternehmern zusammen. Die Politik der Leinert, Koste, Ebert und Leibar, sie wird nicht abgebrochen, sie wird vielmehr konsequenter weitergeführt. Die Politik der österreichischen Sozialdemokraten, die im „Interesse der Sozialpolitik“ für die Schwäche einzutreten, die Unterfertigung der bulgarischen Sozialisten für die Kralowetz-Regierung ist der lebendige Beweis, daß die Volksgemeinschaft für die Sozialdemokraten kein theoretisches Problem ist. Die Volksgemeinschaft ist die praktische Politik der 2. Internationale. Die logische Fortsetzung ist die Weltgemeinschaft. Die Weltgemeinschaft aber wird von der Bourgeoisie ausgenutzt zur Schaffung von neuen, wichtigen Positionen der Bourgeoisie.

Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Bestrebungen wird geheimt durch die jahrelange Arbeitergemeinschaftspolitik. Bei Strafe weiterer Verelendung und Rechtsveränderung der Arbeiterklasse muß die reformistische Ideologie für die Arbeiterklasse in den Weltzustand in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in den Organisationen, ihre revolutionäre Front zerstören und den rücksichtslosen Kampf für ihre Existenz führen.

## Preussischer Landtag

### Nur Kommunisten in Parlament — die bürgerlichen Parteien reihen aus

Berlin, 10. Oktober.

(Eigener Bericht.)

Der stehende Landtag ist in seiner letzten Sitzung begriffen. Die heutige Sitzung sollte um 10 Uhr beginnen. Eine Unvorhergesehenheit hat den Herren Abgeordneten zusammen, schon bei nachschlafender Zeit in Berlin zu arbeiten. So waren denn auch glücklicherweise zu 11 Uhr schließlich zwei Duben abgebrochen von 422 anwesenden. Die Beratung eines Antrags über Änderung der Personalabgabenverordnung handelt um Herausnahme des sogenannten Wahlbeamten (Magistratsmitglieder). Die Abgeordneten Birck (SPD) und Baumhoff (Ztr.) sprechen für Annahme des Antrages und Ueberweisung an den Ausschuß. Nur die Abgeordneten Wiedke (Dn.) und Renner Berdorf (D. Sp.) lehnen die Ueberweisung ab, unter anderem von links und der Mitte ab ihres demagogischen Verhaltens. Unter

Genosse König, Weihenau,

konnte denn auch mit vollem Recht feststellen, daß bei jeder Ueberfülle von Wahlvolken für die Beamten es nicht zu denken sei, daß die Klagen derselben immer mehr zunehmen und Petitionen ohne Zahl um Abhilfe ihres Elends in Erscheinung treten. Mittheilende Beamte sollen abgebaut werden. Das geht auch deutlich aus einer amtlichen Nachweisung des Reiches hervor, wo von April bis Juni bei 3000 Entlassungen von Angestellten über 7000 Neueinstellungen erfolgt seien. Die Demokratisierung der Verwaltung wird nicht eher Fortschritte machen, bis man einem rücksichtslosen Abbau der reaktionären Oberbeamten vorrückt. Aber selbst der starke Mann, Herr Sorewing, mußte zugeben, daß diese Realisationen liberal noch sehr im Sattel liegen.

Die Gespannte, die beim Abbau gemacht werden, sind lächerlich gering. In vielen Fällen gleichen sie Schilbigeitzergeldern, da die Gehaltssätze meistens mehr als der bestehende Zustand erfordert. Die SPD hat von vornherein grundsätzlich den Abbau der Wahlbeamten als politische Vertrauensmänner abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei merkt ihre Grundanlage aber immer eifriger, wenn es ihnen fühlbar wird. Diese Dummheit wiederholt sich in dem vorliegenden Antrag. Danach soll der Abbau eines Wahlbeamten erst ermöglicht sein, wenn die Wahlbehörde zugestimmt hat. Lebt die aber ab, so soll die diele Steuerordnungsverammlung entscheiden. Wir werden verlassen, im Ausschuß dem Antrag die Giltigkeits ausbreiten. Es wird, wie beantragt, beschließen.

Ausnehmend wird in die Beratung des Fortfalls eingetreten. Nach einer einmütigen Rede des Ministers, der natürlich alles tototot in seinem Respekt ansieht, kommt unter Genosse Geller zu Wort. Es sind außer einigen Genossen nur zwei Antreiber im Saale anwesend, kein einziger Abgeordneter irgendeiner anderen Partei. Auf dem Bodenbühnenhügel thronen verallerte Herr Garnick. Die Schriftführer freuten ebenfalls. Der Herr Minister ist abwesend. Wirklich ein wunderbares Parlament, über das drei Duben Tribünenbesucher mit besseren Witten ihr Erspahren fundgeben.

Anschließend der Beere des Hauses befindet sich unter Redner in einer halbhinlängigen wirtunswollen Rede mit einigen Mißständen in Ostpreußen und wird den Rest seiner Redezeit in der nächsten Sitzung am Mittwoch ausprechen, wenn es einer größeren Anzahl von Abgeordneten genehm sein wird, im Hause als Zuhörer zu erscheinen.

lassen neue Geschenke zu machen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei logen überhaupt kein Wort zur Begründung des bürgerlichen Antrags. Das Zentrum bestränkte sich auf den Hinweis, daß es schon im Jahre 1866 der Beschlagnahme des Hohenzollern Kronvermögens durch Bismarck widersprochen habe. Demokraten und Sozialdemokraten übten nur eine rein formale, juristische Kritik an dem vorliegenden Antrag.

Genosse Ernst Renner begehrt es als eine unerhörte Unverschämtheit der Hohenzollern, früher gebrandes Gut jetzt von den Preussischen Steuerzählern zurückzuführen. Er kritisierte weiter scharf das Verhalten des Zentrums, das es wagt, in dem gegenwärtigen Moment der großen Arbeitslosigkeit, der Hungerarbeit und unbeschwerlichen Preissteigerung für die arbeitslosen Hohenzollern einzutreten. Daselbe Zentrum hämmert sich aber nicht um die wirtschaftliche Notlage selbst der Zentrum-Arbeiter im belekten und unbesetzten Gebiet. Der Antrag wurde schließlich mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen, nachdem der volksparteiliche Finanzminister Richter erklärt hatte, daß er auf dem Standpunkt liehe, daß die Zurückbehaltung der den Hohenzollern zugehörigen Besitztümer auf die Dauer unmöglich sei.

Die Sozialdemokraten kündigten an, daß sie mit dem Mittel der Obstruktion die Annahme des Gesetzes im Plenum des Landtages verhindern würden. Wir werden abwarten, ob sie bei diesen Worten stehen werden. Schließlich haben die früheren sozialdemokratischen Finanzminister durch ihre Verweigerung erst das angründensolle Verhalten der Hohenzollern und die Stillleistung der bürgerlichen Parteien möglich gemacht.

## Vertrag über die 800 Millionen-Anleihe unterzeichnet!

London, 10. Oktober.

Die Abmachungen zwischen Deutschland und allen beteiligten Banken hinsichtlich der Anleihe für Deutschland sind unterzeichnet worden.

## Die Durchführung der Dames-Pläne kann beginnen

Paris, 11. Oktober. Die Reparationskommission hat gestern vormittag die Mitglieder des Transfereierungskomitees und nachmittags das amerikanische Mitglied der Reparationskommission ernannt, deren Namen erst am Montag bekanntgegeben werden. Schließlich hat die Reparationskommission die Anleihebedingungen, wie sie in London festgelegt sind, genehmigt. Es sind nunmehr alle Bedingungen für die zweite der in Londoner Abkommen festgelegten Forderungen erfüllt. Die Festsetzung wird am Montagvormittag durch die Reparationskommission vorgenommen werden.

## Verfolgung des Proletarischen Gesundheitsdienstes

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 11. Oktober.

Bei mehreren Mitgliedern des Proletarischen Gesundheitsdienstes nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor. Ein Mitglied des Proletarischen Gesundheitsdienstes wurde verhaftet. Angeblich suchte die Polizei nach Verbandsmaterial (?).

## Der tägliche Arbeitermord

(Eig. Drahtm.) Essen, 10. Oktober.

Auf Zeche „Zollverein“ wurde ein Bauer vom Förderkorb tot geschmet.

Auf der „Guten-Hoffnung-Bütte“ kürzte ein Arbeiter durch das Reiben von zwei Drahtseilen zu Tode.

(Eig. Drahtm.) Salzbach, 10. Oktober.

Ein Tagelöhner aus Neuwelt wurde von der Förderkabel tot geschmet.

(Eig. Drahtm.) Oberhausen, 10. Oktober.

Auf dem Maßwerk wurde ein Arbeiter von einer Lokomotive schwer verletzt.















# Aus der Provinz Roter Frontkämpfer-Bund

Wagen, Sonntag, vormittag 9 Uhr findet in Halle („Soll-  
part“) eine

## Bezirkskonferenz

- Katt. Die Tagesordnung lautet:
- Der Rote Frontkämpfer-Bund im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgelahr. Referent: Kamerad Seemann, Berlin.
  - Waffen und Organisation. Referent: Kamerad Böttcher, Halle.
  - Der Rote Frontkämpfer-Tag in Halle a. d. S. Referent: Kamerad Richter, Halle.

Alle bestehenden Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes sowie des Roten Jungsturms haben der Ortsgruppenleiter zu dieser Konferenz zu beiziegen. Die Leiter der Unterbezirke haben ebenfalls teilzunehmen.

Kameraden! Die Konferenz ist für die weitere Entwicklung des Bundes von größter Bedeutung und erleidet die Anwesenheit sämtlicher Ortsgruppenleiter.

Der Bezirksvorstand.

## Der Hungerkampf gegen die Brot-, Milch und Kartoffeln werden teurer

Aus den verschiedensten Orten unseres Bezirks werden Verhältnisse über Brot und Milch berichtet. Aus Kartoffeln sind die Preise ebenfalls teurer geworden. In Merseburg kostet ein Brot jetzt 7 Pf., in anderen Orten 6 bis 6 1/2 Pf.; bei letzterem Brot handelt es sich nur um ein Gewicht von 1800 Gramm. Die Preissteigerung beträgt etwa 25 Prozent innerhalb kurzer Zeit. In Weiskirchen ist die Milch von 23 auf 25 Pf. gestiegen, in den letzten Tagen sogar auf 32 Pf. In Jüterbog sind vielfach unter 40 Pf. nicht mehr zu haben.

Viele maßnahmenartige Erhöhungen, die fast in allen Orten nachzuweisen sind, sind eine Verkopplung der Arbeiterschaft imbedingten. Zur selben Zeit, da die Preise derartig hinaufgeschraubt werden, lehnen die Unternehmer jede Lohnforderung der Arbeiter ab. Die Landarbeitern Mittelstandes hat man sogar den einen Vermögenshöherhöhung abgelehnt. Auch die zwei Pfennige für die Metallarbeiter sind abgelehnt worden.

So sollen jetzt die Arbeiter eine tiefe Elend hinabstürzen werden. Die Kapitalisten haben den Hungerkampf in vollem Umfang aufgenommen. Die fatalen Verhältnisse der Londoner Morgen-Weltmenschen haben begonnen. Das deutsche Proletariat sieht erneut vor folgenschweren Entscheidungen. Müht es sich dem agrarisch-industriellen Diktat, befehligt es seinen Unterang.

Gewinnlich muß es aufstehen und die Front der Hungerkämpfer durchbrechen. Jetzt muß endlich mit sozialdemokratischer Politik und der Kampf um die kommunalistischen Forderungen eröffnet werden. Um welche Ziele kämpfen werden muß haben wir bereits des Hieren dargelegt. Nun kann der Kampf nicht aufgehoben werden. Die Gewerkschaften sind zur Führung proletarischer Kämpfe zu zwingen. Abgrenzung der Lohnforderung ist die Minimalforderung. Den Hungerkämpfern, die das Proletariat zum Hungergetriebe herunterziehen wollen, ist die Ernte durch die Beschlagnahme von leichten der revolutionären Arbeiterorgane zu entziehen und so für die Ernährung der wertvollsten Bevölkerung sicherzustellen.

In allen Betrieben muß man sich die Forderungen genommen werden. Jedem Arbeiter muß einzuwenden sein, daß er jetzt nur gemeinsam mit der SPD. marschieren kann, wenn er das proletarische Ziel bewahren will.

## Beitritte zur „Roten Hilfe“

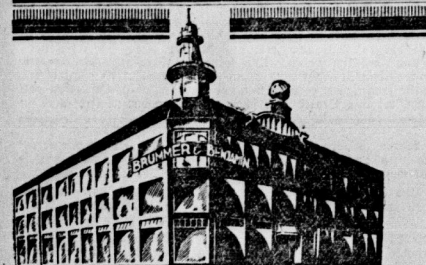
Der Rote Frontkämpfer-Bund Gruppe Jützig, belohnt in seiner letzten Mitgliederversammlung den großartigen Eintritt in die Rote Hilfe. Überall zur Nachahmung empfohlen!

In einer außerordentlich aufsehenswerten Gewerkschafterversammlung in Lützen wurde beschlossen, daß die etwa 200 Maschinenarbeiter korporativ der „Roten Hilfe“ beitreten. Der Beitrag wurde vorläufig auf 5 Pf. pro Woche festgelegt.

## Merseburg-Querfurt

Merseburg. Frauenabend. Am Montag, dem 13. Oktober, abends 8 Uhr, trafen sich alle Genossinnen in der „Jugendburg“. Auch die mit uns sympathisierenden Frauen haben Zutritt.

Gesellschaft. Der 1. und 2. Geschäftsabend. Seit etwa drei Wochen ist der Geschäftsführer der „Edessa“ im Geistesfortschritt. Die Prüfung der Geschäftsbücher ergab einen größeren Fehlbetrag als Fargeld.



## Baumwollwaren

Hemdentuch eigener Ausrüstung, gute Qualität, voll 82 cm breit	58,-
Hemdenbarchent doppelseitig geraut, schwer und wollig, gestreift	65,-
Schürzenwarp solide, kräftige Ware	85,-
Inlett gute Körperware, echt rot, gute Qualität	1,10
Rollokörper eigener Ausrüstung, gute Qualität, 82 cm breit, weiß	98,-
Bettbezug weiß, mit 2 Kissens, aus gutem haltbaren Wäschetuch, fertig genäht	6,25

## Weiskensels-Naumburg-Zeit

An alle Ortsgruppen der Kreise Weiskensels und Naumburg!

Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Vollshaus“ in Weiskensels  
Konferenz aller Ortsgruppen, Altkräfte und Betriebs-Publikum-Objekte

Die Konferenz soll sich nur mit der Durchorganisierung des Partei-Unterstützungs-Betriebs in allen Orten und Betrieben beschäftigen. Pflicht aller obengenannten Funktionäre ist es deshalb, unbedingt zu erscheinen.

Kartenauslagen werden vergütet.

Redaktions-Gemeinschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg e. V. M. S. Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung.

T. M. G. Vormann.

Charakter. Vom Juge jermalm. Dieser Tage wurde der 18jährige Sohn des Bahnhofsarbeiters Kellner in Großberingen vom D-Jug erlegt und vollständig jermalm.

Lehren. Eine kombinierte Versammlung der Maschinen und Gelehrer der Parteigenossen und „Klientelpart“ Leiter findet morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im „Grünen Saum“ statt. Wichtiges Erscheinen wird erwartet.

Zeit. Fraktion sozialistischer Elternbeiträge. Montag, dem 13. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung in der Arbeiter-Volkshaus-Eisenbahn. Alle sozialistischen Elternbeiträge müssen dort erscheinen.

Zeit. Brandanschlag. Ein Dachstuhlbrand entstand Mittwochnachmittag gegen 5 Uhr im Hause des Maurermeisters Ernst Heide. Der gesamte Inhalt einer Dachlader war im Brand geraten. Die Feuerwehre konnte nach kurzer Tätigkeit unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abblenden.

## Mansfeld-Sangerhausen

Wischen. Parteipersonal. Auf die morgen, Sonntag, abends 8 Uhr im „Vollshaus“ stattfindende Mitgliederversammlung wird besonders hingewiesen. Wegen wichtiger Tagesordnung allseitiges Erscheinen erforderlich.

## Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Internationale Arbeiterhilfe. Am Sonnabend, dem 11. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei Freundenberg eine Versammlung des Bundes der Freunde der I. A. H. statt. Alles muß erscheinen!

Wittenberg. Das Lichtspiel-Theater bringt für Freitag bis Montag ein sehr schönes Programm. Ritt, der universitäre Großkomiker, bringt drei Akte: Ritt als Volontier. Wer gern lacht bei diesem Bild, ist Gelegenheit. Ein sehr interessantes hebenartiges Eisenbahnrama, betitelt Westbound Limited, ist echt amerikanisch, voll Spannung vom Anfang bis zum Ende.

Wittenberg. Wie man's nicht machen soll! Der Lehrer K. im, Pflanzlich, mit dem wir uns schon des Hieren beschäftigen müssen, hatte einen Jungen nach Ansicht der Eltern schickte behandelt. Der Vater war darüber so erobert, daß er mit seiner Frau den Lehrer in der Klasse aufsuchte, um diesen zu verurteilen zu geben, daß man mit Arbeiterkindern nicht ungestraft umspringen kann wie man will. Für diese „Selbsthilfe“ wurden die Eltern zu 50 Pf. und der Vater noch extra wegen Mißhandlung (1) des Herrn Lehrers zu 500 Pf. Buße verurteilt. Die bürgerliche Presse bemerkt dazu, daß der Arbeiter noch recht mit davonkommen ist! So! Wir haben jedenfalls nicht gehört, daß einem gemeinhandelnden Arbeiterkind vom Gericht eine Buße zugespunden worden ist. Ein Arbeiterkind ist ja auch für den bürgerlichen Staat nicht so ein nützliches Geschöpf wie ein Lehrer. Die Arbeitereltern sollten daraus die Lehre ziehen und jede Mißhandlung ihrer Kinder sofort zur Anzeige bringen. Ferner darf sich ein Arbeiter an Lehrern keine Finger nicht schmutzig machen, denn die Gerichte werden meist auf Seiten der Lehrer stehen. Kontrolliert!

## Öffentliche Volksversammlungen

- Hettstedt. Heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Stern“.
  - Klostermansfeld. Morgen, Sonntag, nachmittag 5 Uhr im Lokal Deutsch.
- In beiden Versammlungen spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Labemann.
- Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erscheint in Massen!

durch eure Kinder die reaktionäre Tätigkeit der Lehrer; wobei jeder Vorfall der Elternbetriebe und auch den kommunalistischen Kindergruppen, damit gemeinsam gegen solche Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden kann.

## Aus der Jugendbewegung

Georgin. Kommunistiche Kindergruppe, jetzt Jung Spartakus-Bund, trifft sich Sonntag nachmittag 3 Uhr im Schulhof, Genossen! Schickt eure Kinder zu dieser Veranstaltung! Kein Kind darf fehlen.

## Gewerkschaftsbewegung Bergarbeiterbewegung im Bezirk Halle

Von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die sich für den Kali- und Braunkohlenbergbau ankündigende bessere Wirtschaftperiode hat neues Leben auch in die Reihen der durch Arbeitslosigkeit, Hunger und schlechte Behandlung mitmüht und gleichgültig gewordenen Bergarbeiter gebracht. Gerade sie haben den größten Einbußfaktor in der Inflationszeit und der jetzigen Wirtschaftskrise zu tragen gehabt. Das ist den Bergarbeitern nur zu bekannt. Aber trotzdem ist die Regierung und vor allem die Geschäftswelt fortwährend durch die Nachstärkung auf die „unrentable Bergarbeiterschaft“ der Bergarbeiter hingewiesen. Man hat der Öffentlichkeit eingeredet, daß die hohen Löhne der Bergarbeiter Schuld an der Wirtschaftskrise trügen. Dabei sind die Löhne bei zehn bis zwölftägiger Arbeitszeit mit schwerer Arbeitsleistung bei den heutigen Lebensverhältnissen völlig ungenügend. Wohnkosten von 14 bis 18 Mark sind an der Tagesordnung.

Wirtschaftlich, ohne Beachtung geschlechtlicher und lebensbedinglicher sozialer Bestimmungen ist die Arbeitszeit von den Werken verlängert worden, obwohl zur selben Zeit Feierlichkeiten eingeleitet wurden. Anstatt die normaler Arbeitszeit den monatlichen Arbeitslohn zu geben, wurden wenige Leute bei überlanger Arbeitszeit schulten und zu geben, wie die übrigen von Arbeitslohn belagert wurden. Und das alles auf Kosten des Staates und Gemeinden, die die öffentlichen Lasten kaum noch erdulden können. Die Vergleiche murten wohl, wenn niemand hörte. Das war aber auch alles, denn wenn's nicht passte, der flop rüchlichlos an die Straß.

Die Bergarbeiter haben die Not ihrer Bergarbeiter vielfach zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Mit bitterem Groll im Herzen ist das in der Zeit der Not, auf bessere Zeit hoffend, ertragen worden. Jetzt aber ändert sich das. Die Arbeitslosigkeit wird besser, der Bergarbeiter wird wieder gehütet und gehandelt. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo einigen Kameradschaftlichen Geiste beiseit. Einer gibt mehr dem anderen die Schuld, alle müssen, daß sie gemeinsam betrogen werden von den fatalistischen Wirtschaftspolitikern, die sich auf Kosten der Armen ein Wohlleben schufen. Dieser Gedanke eint sie und zeigt ihnen den wahren Gegner. Die Kameraden müssen heute, daß Verlorengangenes nur geschäftlich auf starke Verbände wieder zu schaffen ist und deshalb schlossen sie sich scharf zum Bergarbeiterverband an. Das ganze hallische Revier muß eine starke, unüberwindliche Organisation werden.

Die Verhältnisse im Kali- und Kohlenbergbau sollen am Sonnabend, dem 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Orte Nietleben, Jherben und Bölan in der „Sonne“ in Nietleben, und am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Grafmann in Wittenberg, in großen öffentlichen Bergarbeiterversammlungen besprochen werden. Alle Kameraden, ob Kali- oder Kohlenbergbau, müssen anwesend sein.

Vormwärts, Kameraden, nutzt die Zeit aus!

Es ist begreifbar, wenn die Arbeiter erkennen, daß sie in die Gewerkschaften zurück müssen, um durch dieselben den Angriff des Unternehmertums zurückzuschlagen und das Verlorengangene wieder zu erlangen.

Was ist den mitteldeutschen Bergarbeitern verloren gegangen? Einen zu einer menschlichen Existenz auskömmlichen Lohn haben sie nie gehabt, aber der Lohn war in den ersten Jahren der Wirtschaftskrise bedeutend höher als jetzt. Der Achtstundentag ist für die mitteldeutschen Bergarbeiter eine schöne Erinnerung. Es ist ganz schön, wenn der Bergarbeiterverband das Verlorengangene wieder zurückzubekommen will, aber hat er nicht der Beileitung des Achtstundentages talentos zugehört, hat er nicht die Hungerartikeln abgelehnt? Heile redet jetzt sehr schädel in den Versammlungen, aber man muß diese Leute nicht nach dem, was sie reden, sondern nach dem, was sie tun, beurteilen. Wird Hilfe und der Bergarbeiterverband einen ernsthaften Kampf um das Verlorengangene, für den Achtstundentag, für Friedensreaktionen führen? Wir sagen: Nein. Sie können diesen Kampf gar nicht führen, denn sie wollen die Dames-Gesetze durchführen. Die Dames-Gesetze,

# Schlager

<b>Damenwäsche</b>	<b>Strümpfe u. Handschuhe</b>	<b>Handtaschen</b>
Damenhemd Trägerform, m. Hohlsaumgarnatur	Seidenflorstrumpf, Doppel- sohle, Hochferse, schw. u. leder, gut Qual.	Besuchtasche aus geballt. Krokodil, mit eleg. Schlaufe, gut Leder
90,-	98,-	2,25
Damenhemd mit Langette garniert	Herrensocke baumwoll, buntfarbig	Koffertasche aus gut Leder grosse Form, mit Stahlbügel
1,18	38,-	4,90
Damen-Nachthemd m. schön. Stickerei reich garniert	Damenhandschuh Trikot, gute Qualität, mod. Farbe	
2,75	68,-	
Dam.-Schlupfrose in allen Farben		
88,-		
Reiche Auswahl in Luxus- wäsche aller Art		



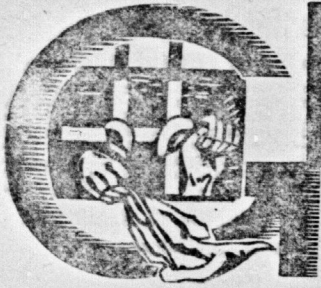












# GOLGATHA

Sie leiden für Dich, sie sterben für Dich,  
Ihre Frauen und Kinder darben für Dich,  
Aus Ketten und Qual schreit das Gebot:  
Klassengenosse, „Rote Hilfe“ tut not!

1. Jahrgang

Sonnabend, den 11. Oktober

Nr. 4



## Klassenjustiz und „Rote Hilfe“!

Durch deutsche Lande bläst ein scharfer Wind. Die politischen Prozesse nehmen kein Ende. Ein Prozeß jagt den anderen und ein Tendenzurteil wird von dem anderen an Schärfe und Härte übertroffen.

Das Vertrauen zur deutschen Rechtsprechung ist längst erschüttert worden. Ist Deutschland noch ein Rechtsstaat? Diese Frage muß man verneinen. Die Rechtsprechung ist nicht mehr — ja, sie war noch nie, unabhängig von dem Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Die Justiz ist eine Waffe des bürgerlichen Klassenstaates und hat notwendigerweise Klassencharakter. Sie ist ein Kampfmittel, ein Werkzeug der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichheit vor dem Gericht sind heuchlerische Phrasen der bestehenden Scheindemokratie des bürgerlichen Staates. Die Praxis der Rechtsprechung hat diese Phrasen längst lügen gestraft.

Es gibt auch keine „unabhängigen“ Gerichte, denn die Richter des bürgerlichen Staates wurzeln nach ihrer Herkunft, ihrer Erziehung, ihren verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen nach vollkommen in der Denkart der herrschenden Klasse. Aber die Gerichte sind nicht nur nach ihrer Zusammenfassung Klassengerichte, sondern die angewandten Gesetze verleihen den bürgerlichen Gerichten ebenfalls den Klassencharakter. Die Richter müssen diese Gesetze anwenden, selbst wenn ihr menschliches Empfinden sich dagegen auflehnen würde. Sie gehören eben zu den Exekutivorganen des Klassenstaates und sind die Gefangenen der gesamten bürgerlichen Ideologie.

Die vielen politischen Prozesse, die in Deutschland in der Nachkriegszeit an der Tagesordnung sind, haben ihre Wurzeln in verschärften Klassengegnungen. Die Schreckensurteile und die Riesenzahl der politisch-proletarischen Inhaftierten ist der negative Niederschlag der Revolution vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus gesehen. Opfer ohne Zahl mußten schon gebracht werden, und noch ist der Golgathaweg des deutschen Proletariats nicht beendet.

Die Hochverrats-, Landesfriedensbruchs- und sonstigen politischen Prozesse, die jetzt vor den Schranken der höchsten deutschen Gerichte stattfinden, haben alle ihre Ursachen in der politischen und wirtschaftlichen Krise der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der deutschen Bourgeoisie im Jahre 1923.

Es war die Zeit, in der die Faschisten unter Führung Hitler-Ludendorff fieberhaft zum Staatsstreich rüsteten und denselben auch in Kärnten und München durchführten. Nichts charakterisiert mehr den Klassencharakter der Justiz, als die Tatsache, daß nur in den seltensten Fällen die Justiz die faschistischen Hochverräter aburteilte und dann nur die geringsten Strafen verhängte. Und die Verurteilten werden jetzt alle restlos in die Freiheit gesetzt. Freiheit für die Faschisten, während andererseits mit unermüdlichem Haß die fürchtbarsten Urteile gegen Proletariat gefällt werden. Allein in der Zeit

von Anfang Juni bis August 1924 wurden 1750 revolutionäre Arbeiter zu 310 Jahren und 8 Monaten Zuchthaus, 763 Jahren und 9 Mon. Gefängnis, 73 Jahren und 5 Monaten Festungshaft und zu 46 290 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt. In der Festung Zuchthüttel bei Hamburg sind 80 Hamburger Oktoberkämpfer, über 100 befinden sich in der Festung Gollnow. Das Zuchthaus Ludau, in dem der unvergeßliche Karl Liebknecht während des Krieges jahrelang den Zuchthauskittel tragen mußte, ist auch heute noch der Ketten für viele Proletariat, die ihre ideale Überzeugung durch die Tat bewiesen.

Lüneburg, Sonnenburg, Waldheim, Münster, Celle, Lichtenburg, und Groß-Strehlitz, das sind Zwingburgen, in denen die Blüte der revolutionären Jugend und viele, viele Familienväter wegen ihrer revolutionären Gesinnung schmachten.

Wer kennt die Qualen dieser Opfer der Klassenjustiz? Könnten die kalten Zellenwände sprechen, würden die Verzweiflungsrufe durch die massiven Eisentüren dringen, würde die Sehnsucht der in Ketten geschlagenen durch die Gitterläche die Herzen des Millionenheeres der Arbeiterschaft erfüllen! Fürwahr, das Echo für die Befreiung der Opfer der Klassenjustiz, der Kampf um die politische Amnestie der proletarischen Gefangenen wäre so mächtig geworden, daß sich auch niemand der Forderung der Freilassung der Inhaftierten widersetzen würde.

Aber neben dem Kampf für die Amnestie erwacht der Arbeiterschaft die große Pflicht der sofortigen praktischen Solidarität, der materiellen Unterstützung durch die „Rote Hilfe“. Die „Rote Hilfe“ ist eine politisch-neutrale Organisation und stützt sich zur Ausübung ihres Hilfswerts auf feste Mitglieder-Organisationen in den Betrieben und in Stadt und Land. In allen Orten und Betrieben müssen deshalb „Rote-Hilfe“-Komitees gegründet werden, die die organisatorischen Vorarbeiten für eine feste Organisation, die Kassierung der Beiträge und die Propaganda gegen die Klassenjustiz führen. Jedes Mitglied der „Roten-Hilfe“-Organisation erhält eine Mitgliedskarte und verpflichtet sich, regelmäßig die festgesetzten Mindestbeiträge an den Kassierer des Komitees abzuliefern. Neben der Einzelmitgliedschaft ist es Aufgabe der Komitees, ganze Betriebe, Gewerkschaften, Konsumvereine und Arbeitersport- und Gesangsvereine als korporative Mitglieder zu gewinnen. Die Arbeiterorganisationen, welche die korporative Mitgliedschaft erwerben, verpflichten sich dadurch, monatlich bis zu 5000 Mitgliedern einen Mindestbeitrag von 5 Mark an die „Rote Hilfe“ abzuliefern.



Die Anforderungen an die „Rote Hilfe“ sind riesengroß. Wenn man bedenkt, daß

seit Anfang 1924 bis heute allein in 18 000 Anklagen Rechtsschutz erteilt worden ist,

so kann man sich einigermaßen ein Bild von den riesenhaften finanziellen Anforderungen, die an die „Rote Hilfe“ gestellt werden, machen. Daneben werden für Unterstützungen an die Gefangenen und ihre Angehörigen gewaltige Summen benötigt. Allein im Januar 1924 wurden die Frauen

von	3700 polit. Gefg. und 2000 Kinder,
im Februar waren es	3300 Familien und 3200 „
im März	3600 „ „ 3200 „
im April	2600 „ „ 3000 „
im Mai	3400 „ „ 2900 „

die Unterstützung erhielten, im Monat Juni mußte die „Rote Hilfe“ die Familienunterstützung einstellen, weil leider keine Gelder zur Verfügung standen und im

Monat Juli waren es zirka . . . 3000 Familien und 2400 Kinder, die unterstützt wurden. In der letzten Zahl sind mindestens 2000 Unterstützungsfälle nicht mit einbegriffen, und zwar deswegen, weil die Berichterstattung der einzelnen Bezirkskomitees noch eine sehr mangelhafte ist.

Im letzten Monat hat die „Rote Hilfe“ für Unterstützungen allein 110 000 Mark ausgeben müssen. Für die Wintermonate versucht jetzt die „Rote Hilfe“ den Familien der gefangenen Genossen eine einmalige außerordentliche Winterhilfe zu geben. Durch intensive Sammelarbeit sollen Kartoffeln, Holz und Kohlen aufgebracht werden, um den notleidenden Familien einigermaßen die Sorge für den Winter abzunehmen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Genossen sofort an die Arbeit gehen. Planmäßiger Auf- und Ausbau der „Roten-Hilfe“-Organisation ist deshalb eine unaufschiebbare Pflicht.

7000 politische Inhaftierte! Wer kennt ihre Leiden, wer kennt ihr Schicksal? Wer kennt die Not ihrer Familien und die Wünsche und Hoffnungen der Kinder, der Frauen und Mütter? —

7000! — Sie kämpften für Euch, deutsche Proletarier, um Eurer Interessen willen ließen sie sich in Fesseln schlagen. Ihr müßt ihnen zu Hilfe kommen. Ihr seid Millionen und millionenfach müssen sich Eure Gedanken, muß sich Euer Wille in dem einen Ruf zusammenballen:

Gebt sie frei, deren Leben hinter Kerkermauern verdorren soll! Öffnet die Verliesen, deren Existenz vernichtet wird!

Aus Not und Kerker bringt der Schrei:

**Lebt Solidarität!  
Bringt „Rote Hilfe“!  
Ertämpft die Unnette!**

## Arbeiterjäger! Arbeiterturner!

Warum hat sich Euer Verein noch nicht der „Roten Hilfe“ angeschlossen?

Die Opfer der Klassenjustiz warten auf Eure Hilfe!

## Werkzeuge für das Kinderheim der „Roten Hilfe“!

Die „Rote Hilfe“ hat seit 1923 auf dem Barkenhof in Worpsswede bei Bremen ein Heim für die Kinder der ermordeten und gefangenen Proletarier errichtet. Jeweils 40 Kinder verbringen in diesem Heim einen Erholungsurlaub von acht Wochen. Mit dem Heim ist auch eine Arbeitsschule verbunden. Bis jetzt stehen noch nicht die genügenden Werkzeuge zur Verfügung. Wir bringen deshalb im nachfolgenden einen Aufruf von den Kindern des Heims zum Ausdruck und erwarten, daß die Freunde der „Roten Hilfe“ bemüht sind, die gewünschten Werkzeuge zu beschaffen. Gebraucht werden Werkzeuge zur Verarbeitung von Papier, Papp, Holz und Metall. Scharen, Hobel, Hammer, Zangen, Farben, Pinsel usw. werden dringend benötigt. Die Werkzeugpende sind an das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“ zur Weiterleitung nach Worpsswede abzuliefern.

**Genossen von der Werkstatt!**

Da wir uns hier im Barkenhof auch in der Werkstatt beschäftigen, brauchen wir auch das nötige Werkzeug dazu. Deshalb, Genossen, richten wir uns an Euch und fragen Euch, ob Ihr uns Material zu Papp, Holz- und Metallarbeiten liefern könnt. Außerdem fordern wir, daß Sammlungen eingeleitet werden. Die „Rote Hilfe“ ist nicht in der Lage, alles, was hier fehlt, aufzubringen. Darum, Genossen, tut Eure Pflicht!

Sieht uns aufzubauen die kommunistische Schule!

Im Auftrage des Kinderheims Barkenhof  
Lotte Hagemeister. Berta Stiegler

## Internationale Solidarität des Proletariats

Grüß der russischen Arbeiter und Bauern an unsere Gefangenen

Unsere Genossen, die in der Festungsabteilung des Zentralfängnisses Gollnow eingesperrt sind, sandten an die Genossen der R.P.M. einen Brief, in dem sie ihre brüderlichen Grüße zum Ausdruck brachten und zu erkennen gaben, daß trotz aller seelischer und körperlicher Drangale, unter denen die deutschen Arbeiter im „modernen“ Kulturstaat Deutschland zu leiden haben, sie ihren revolutionären Kampfsinn nicht verloren haben. Nachfolgender Brief traf darauf aus Saratow an die Genossen in Gollnow ein.

Saratow, 15. August 1924.

An die Gefangenen in Gollnow, Deutschland!

Liebe Genossen!

Wir haben Euren Brief erhalten, der von Qualen und Leiden spricht und zu gleicher Zeit Euer marxistisch-kommunistische Ueberzeugung an den nahen Sieg der proletarischen Sache, der sozialistischen Arbeiterrevolution in der ganzen Welt wiedergibt.

Beim Lesen des Briefes fühlen wir einen grenzenlosen Haß gegen den Klassenfeind und ein heißes Verlangen aufsteigen, Euch und Euren Angehörigen im ungleichen Kampf mit dem Staatsregime des kapitalistischen Deutschlands beizustehen.

Den von Euch erhaltenen Brief haben wir vervielfältigt und im ganzen Gouvernement verbreitet und von allen Ecken und Enden, selbst kleinen Dörfern nicht ausgeschlossen, erhielten wir eine Antwort, in welcher die Saratower Arbeiter- und Bauernmassen ihre Verwünschungen den Henkern und Gendarmen der Arbeiterklasse, den Faschisten und Sozialverrätern übersenden und zu gleicher Zeit das feierliche Versprechen geben, Euch lieben Genossen in den Gefängnissen für die allgemeine Arbeiterfrage schmachtdenden Genossen Kämpfer sowie auch Euren lieben Angehörigen nach Möglichkeit Hilfe zuzummen zu lassen.

Dieser Wunsch geht bei uns mit der Tat nicht auseinander. Beim Aufbau der neuen kommunistischen Arbeiterwirtschaft vergessen wir Euch nicht einen einzigen Augenblick und sind bestrebt, durch die R.H.-Organisation eine regelmäßige Hilfe für unsere in den Gefängnissen des Kapitals schmachtdenden Genossen und Brüder einzuleiten.

Wir schreiben aus fernen Bauernfeldern des Saratower Gouvernements, eines kleinen Teiles des großen Verbandes der Sowjetrepubliken. Bei uns sind in allen Fabriken, Schulen, Unternehmungen, Regimentern und Dörfern R.H.-Zellen gebildet worden, die 30 000 organisierte Arbeiter und Bauern, Mitglieder dieser Gesellschaft, vereinigen. Wieviel Zellen sind aber im ganzen Verbands der Sowjetrepubliken gegründet worden.

Es gibt keine Fabrik, wo die R.H.-Organisation nicht besteht, wo nicht deutlich das Gefühl der internationalen proletarischen Solidarität hervortritt.

Die Sache der „Internationalen Roten Hilfe“ hat auch in den Dörfern Erfolg aufzuweisen. Klassenbewußte Bauern, Kommunisten in den Dörfern, Jugendbündler, abergläubige Rotarmisten, Territorialarmisten und Landarbeiter befaßten sich einmütig mit der Organisation von R.H.-Zellen in den Dörfern.

Die Sache der proletarischen Hilfe erfährt alle Schichten der werktätigen Bevölkerung des R.S.S.R., von den fortgeschrittenen Arbeiter angefangen, bis zum Mitglied der kommunistischen Kinderorganisation, dem jugendlichen Pionier, dem Lenin-Genossen.

In diesem Jahr hat das Südbosgebiet, an welches auch das Saratower Gouvernement grenzt, eine Mißernte — wegen Regenmangels — befallen.

Die Sowjetmacht hat energische Schritte unternommen, um dieselbe zu liquidieren. Es wird Saat für die nächste Ansaat kostenlos auf Kredit verabfolgt. Dieses geht erfolgreich und rechtzeitig vor sich. Grandiose meliorative Bewässerungsarbeiten sollen vorgenommen werden. Ungeachtet der mit all diesem zusammenhängenden ungünstigen Arbeitsbedingungen, hat die R.H.-Organisation nicht nur keine Schwächung erfahren, sondern im Gegenteil weiteren Umfang angenommen, indem sie sogar von der Dürre betroffene Gebiete in ihren Arbeiterkreis zog.

Bis jetzt hat die Saratower Organisation 30 000 Mitglieder aufzuweisen, wobei diese Zahl ununterbrochen anzuwachsen fortfährt. Die Mittelsammlung steigt ebenfalls unabwäglich. Im Juni z. B. wurden 2638 Rubel sowie auch Werksachen in Gold und Silber eingekammelt.

Von nun an werden wir die Arbeit mit verdoppelter Energie weiterführen. Unsere Gedanken und Taten sind auf das eine große ersehnte Ziel:

**Die Befreiung der Arbeiterklasse der ganzen Welt**

gerichtet.

Die praktische Arbeit der R.H.-Organisation dient als bester Beweis dafür. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir bis zum Moment Eurer Befreiung Euch, Euren revolutionären Geist und Eure Angehörigen unterstützen.

Das russische Proletariat, das an seinem Leibe den Druck des Zarenismus und alle Leiden des kapitalistischen Regimes empfunden hat, kennt, fühlt und teilt mit Euch den Schmerz und die Leiden, die die vertierte Bourgeoisie verursacht, doch ist es zu gleicher Zeit der Ueberzeugung, daß die Stunde der endgültigen Befreiung nicht mehr fern ist.



Die Fahnen des befreiten Proletariats Rußlands werden sich an die Fahnen des internationalen Proletariats schließen und in einmütigem Andrang ein für allemal, zusammen mit dem verfluchten Kapital auch die durch dasselbe geschaffenen Gefängnisse vernichten.

Nochmals drücken wir Euch gegenüber unser tiefstes proletarisches Mitgefühl aus und überlenden unsern kommunistischen Gruß.

Das Präsidium des Gouvernementskomitees der R.S.

Mitglied des Präsidiums und verantwortlicher Sekretär des Saratower Gouvernementskomitees der R.S.

## 7000 Gefangene warten auf Eure Gaben

Wie notwendig die Aufnahme der Verbindung mit den politischen Gefangenen für die „Rote Hilfe“ ist, ergibt sich wieder aus nachfolgendem Schreiben eines Genossen aus dem Gefängnis in M. Der Genosse hat von der „Roten Hilfe“ ein Paket erhalten und antwortet darauf:

„Liebe Genossen! Zunächst meinen allerbesten Dank für das mir gesandte Paket mit den schönen Sachen. Meine Freude war sehr groß. Jedes Lebenszeichen von den Genossen in der Außenwelt tut uns sehr gut. Das Paket kam gerade recht zu meinem Geburtstag und so wirkte es doppelt angenehm. Es wird Euch ja nicht sehr leicht fallen, solche Pakete zu senden, aber für uns schafft Eure Fürsorge die Möglichkeit der Aufrichtung. Wenn wir, auch ohne Sonne hinter sicheren Eisenstäben sitzen müssen, den Glauben an die Sache werden wir nicht verlieren und die Bewegung geht weiter. Es geht der proletarischen Bewegung wie der Hydra. Einen Kopf schlagen die Klassenrichter ab und drei neue wachsen heraus. Wir leben deshalb auch mit sicherer Ruhe in die Zukunft. Versehen können wir nur nicht, wie es studierte Leute geben kann, die glauben, eine Bewegung, die in der Geschichte begründet ist, durch Erledigung einzelner Menschen, und seien es auch 7000, aufhalten zu können. Wie früher ein Genosse sagte: „Meine Herren, die Sozialdemokratie überlassen sie mir“, so biederet sich die heutige SPD-Führung beim Bürgerum an und verspricht, die ganze revolutionäre Bewegung aufzufressen.

In Berlin habe ich noch einen alten Bekannten, der seinerzeit die Flucht über den gestorenen Landwehrkanal während des „Sozialistengesetzes“ mitgemacht hat. Die Genossen hielten damals im „Schweinekopf“ Sitzung und wurden von der Polizei aufgeföhrt. Drei Mann ertranken dabei und der erwähnte Genosse erzählte uns oft, als wir noch jung waren, die Geschichte. O, wie waren wir in Feuer dabei und bedauerten, daß wir diese Verfolgungen nicht mit erleben durften. Und heute? Nicht nur drei, sondern die vielen — mußten fallen. Leipzig, die Geburtsstelle der ersten sozialistischen Organisationen, muß jetzt gerade die Via Dolorosa so vieler Genossen sein. Doch lassen wir die Betrachtungen. Ihr werdet, liebe Genossen, es natürlich verstehen, wenn man versucht, dem gefährvollen Strudel der Charnubdis zu entgehen und den Fangarmen der Snyla sich zu entwinden versucht. Ich habe nämlich keine Luft, den Brief zurückweisen zu lassen.

Unsere Behandlung ist unerträglich, vor sechs Wochen ist die Untersuchung schon abgeschlossen worden und noch ist keine Verhandlung in Sicht. Arbeitet also ohne uns weiter und vergesst uns nicht.

Seid gegrüßt von Euren alten Genossen u. a.“

Freunde der „Roten Hilfe“, sorgt unermüdet für die politischen Gefangenen. Sammelt Geld, Tabak, Zigaretten und Bücher und stellt sie zur Weiterleitung dem Bezirkskomitee zur Verfügung. Bedenkt, daß es die besten unserer Klasse sind, die Tag und Nacht, Monate und Jahre auf ein Lebenszeichen von Euch warten.

## Wie mans nicht machen darf

Die KPD. in D. hat in einer Mitgliederversammlung, auf Antrag eines Genossen, Stellung genommen zur Frage der Freilassung der politischen Gefangenen und der Herstellung der Verbindung mit den Gefangenen. Die übliche Resolution wurde angenommen und im Wortlaut als Schreibmaschinenschieb an alle bekannten Genossen, die sich im Gefängnis befinden, geschickt. Der „Erfolg“ trat ein. Die Briefe kamen zurück, denn die Gefängnisse der Bourgeoisie sind nicht dazu da, um den Gefangenen politische Nahrung zukommen zu lassen.

Hätte die Versammlung aus ihrer Mitte mehrere Genossen und Genossinnen beauftragt, persönlich in Verbindung zu treten mit namhaft gemachten Gefangenen, dann hätten die Briefe ihr Ziel erreicht und dazu beigetragen, die gefangenen Genossen zu orientieren über das, was draußen vorgeht.

Die Freunde der „Roten Hilfe“ müssen daraus lernen, daß sie in Zukunft in dieser Beziehung Aufklärung schaffen. Es ist ein wichtiges Aufgabengebiet der „Roten Hilfe“, die Verbindung mit den politischen Gefangenen aufzunehmen.

Ein erfolgversprechender Weg führt auch über die Gefangenenbeiräte. Die Gefangenenbeiräte haben das Recht, jederzeit die Gefängnisse zu besuchen und mit den Gefangenen ohne Aufsicht zu sprechen. Gefangenenbeiräte müssen überall sofort gewählt werden.

## Die Festungsgefangenen von Zuhlsbüttel an die deutsche Arbeiterschaft!

In der Hamburger Strafanstalt Zuhlsbüttel sitzen hunderte tapferer Hamburger Oktoberkämpfer. Sie sind zum Teil zu 10 bis 15 Jahren Festungshaft verurteilt. Die verurteilten Genossen wenden sich jetzt mit einem Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft und fordern sie auf, verstärkte praktische Solidarität zu üben.

Aus dem Aufruf entnehmen wir folgendes:

„Noch nie sah die Geschichte der Arbeiterbewegung Akte derartiger beispielloser Opferwilligkeit, wie sie das Wirken der internationalen Roten Hilfe ins Leben gerufen hat. Und doch, Genossen, wie viel mehr noch gehört dazu! Soll die „Rote Hilfe“ in der Lage sein, dem Proletariat stets hilfsbereit zur Seite zu stehen, dann muß sie die gesamte Arbeiterschaft zu ihren Mitgliedern zählen können! Die sich immer schärfer ausprägenden Klassengegenstände verleihen dem Weißen Terror noch nie dagewesene Formen. Da muß auch der Abwehrkampf des Proletariats naturnotwendig ein schärferer werden. Viele schwere Opfer wird der Kampf kosten! Wer wird der nächste sein? Vielleicht Du, Genosse! Darum helfe ein jeder nach Kräften am Ausbau der Internationalen Roten Hilfe!

Genossen! Der kalte Winter steht vor der Thür. Wollt Ihr die darbedenden Frauen und Kinder der Inhaftierten auch noch frieren lassen? Nein! Wird Eure Antwort sein! Wohl laßt es schwer die Not der Erwerbslosigkeit und der Kurzarbeit auf Euch, der Dames-Plan wird Eure Not eher vergrößern als herabmindern, und trotzdem müßt Ihr Euer Scherflein beitragen. Viele Wenige machen ein Vie!

Das Wort kann uns nicht retten,

Das Wort bricht keine Ketten,

Die Tat allein macht frei!

Mit revolutionärem Gruß

Die Festungsgefangenen von Hamburg-Zuhlsbüttel.“

## Weitere Fortschritte im Bezirk

Erfreulicherweise hat die Tätigkeit unserer Freunde im letzten Monat zu weiteren Erfolgen geführt. Die Zahl unserer Ortskomitees ist von 18 auf 29 gestiegen. Die Ortskomitees, die sich in der letzten Zeit noch gebildet haben, befinden sich in:

19. Jähna,
20. Hergisdorf,
21. Seeben,
22. Brudorf,
23. Hohenleipisch,
24. Torgau,
25. Annaburg,
26. Dommitsch,
27. Schildau,
28. Jedrich,
29. Belgern.

Der Kassenbestand des Bezirkskomitees am Ende des Monats ist zahlenmäßig nicht schlecht, jedoch ist dabei zu bemerken, daß das Bezirkskomitee kein Geld abgeliefert hat an das Zentralkomitee für das gelieferte Material, für Rechtschutz und für das Kinderheim. Es müssen alle Kräfte angespannt werden, um auch dieses Ziel noch zu erreichen. Dazu kommt, daß das Bezirkskomitee die Aufgabe hat, die Mittel aufzubringen für eine Ertraunterstützung für die Frauen und Kinder der Gefangenen. Der Winter steht vor der Tür und wir müssen erreichen, den Unterstützungsbedürftigen durch Lieferung von etwas Kartoffeln und Kohlen behilflich zu sein.

Das Ergebnis der Tätigkeit der verschiedenen Ortskomitees geht sehr weit auseinander. In der Spitze marschiert wiederum das Ortskomitee Halle. Die Gesamteinnahmen betragen 881,24 M. Von den Ortskomitees in Delitzsch, Ammendorf, Zeitz, Bad Schmiedeberg und Schleuditz sind kleinere Beträge abgeführt worden. Die Genossen in diesen Orten müssen sich bemühen, damit auch sie in Zukunft mit größeren Beträgen in Erscheinung treten. Von den Orten Eilenburg, Biebertsch, Burgörner (Seitzsch) ist kein Pfennig abgeführt worden. Das ist ein unfaßbarer Zustand. Auch in diesen Orten wohnen Proletarier, die zur Abgabe kleinerer Beträge an die „Rote Hilfe“ gewonnen werden können. Unsere Freunde müssen in diesen Orten alles daran setzen, daß sie nicht nur in die Lage kommen, Gelder an das Bezirkskomitee abzuführen, sondern daß sie sich auch stützen können auf einen guten Mitgliederbestand.

Voraussichtlich findet im Monat November die erste Bezirkskonferenz der „Roten Hilfe“ Halle-Merseburg statt. Wir erwarten, daß bis dahin mindestens 50 arbeitende Ortskomitees der „Roten Hilfe“ vorhanden sind und daß die Zahl der ersten 1000 Mitglieder überschritten ist.

Freunde der „Roten Hilfe“! Wir wollen nicht diskutieren, wir wollen handeln, wir wollen arbeiten, daß das Werk der „Roten Hilfe“ noch weiter ausgebaut wird.



## Genosse, hast Du schon für die Organisation „Rote Hilfe“ geworben?

### Rechenhäftsbericht

#### der „Roten Hilfe“ Bezirkskomitee Halle-Merseburg für Monat September

Auch im Monat September betrug die Höhe der laufenden Monatsunterstützung für Frauen 12 Mk., für Kinder 6 Mk. und für Gefangene 5 Mk.

Die laufende Unterstützung wurde gezahlt an 59 Frauen, 104 Kindern und 24 Gefangene. Außerdem wurde noch Ertraunterstützung in 19 Fällen gewährt.

Durch Vermittlung des Bezirkskomitees hat das Zentralkomitee der „Roten Hilfe“ für 10 angeklagte Proletarier Rechtsschutz gewährt.

Die Einnahmen und Ausgaben des Bezirkskomitees ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung:

Einnahmen:		Ausgaben:	
Auf Listen	11,50 Mk.	Familien- und Gefangenenunterstützung	1461,00 Mk.
Mitgliedsarten	97,00 „	Notstandsunterstützung	556,00 „
Beitragemarken	76,10 „	Rechtsschutz	20,00 „
Hilfsarten	28,10 „	Porto und Verwaltung	288,25 „
Brotschulen	49,00 „		
Zeitungsen	50,05 „		
Sonstiges	1291,88 „		
	Sa.: 2354,63 Mk.	Kassenbestand am 30. 9.	1322,40 „
Bestand am 1. 9.	1322,76 „		Total: 2677,39 Mk.
	Total: 3677,39 Mk.		

Halle, den 8. Oktober 1924.

Die Richtigkeit der Abrechnung bestätigen

Seppel und Pleul.

### Deffentliche Quittung des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe“ Halle-Merseburg

Die im Rechenhäftsbericht für den Monat September angegebenen Einnahmen

Einnahmen:		Ausgaben:	
F. A. Otto, Schraplau	6,30 Mk.	Kinderabgabe des Arbeiterturns, Gesang- u. Radfahrervereins	18,45 Mk.
Alfred Knob, Unterwellen	15,00 „	F. Sch. jurist.	20,00 „
Samariter, Stiftungsfest		M. König, Reifensfels	25,00 „
Wiederlich	20,12 „	Arbeiter-Gesangverein Reinsdorf b. Landsberg	5,00 „
Kochan, Wieseris, Frauen	13,63 „	Bergründung Eisleben durch Ledemann	17,00 „
F. Sch. jurist.	48,00 „	Bergründung Böhlen durch Kötter	13,06 „
Produktiv-Gesellschaft Halle	300,00 „	Verwaltung, Gesellenverein Reichenheim	15,00 „
Z. Rote August	270,00 „	Arbeiter-Sportklub, Jägerklub Gen. S. Reinsdorf b. Rebra	10 „
Wagner, Grünbainischen	23,00 „	Eislerchir.	2,40 „
Kauf Holzlein jurist.	23,00 „	Gehaltsabzüge d. Bezirkstg.	183,00 „
Jugendverein Kirchhau bei Leuchern	6,82 „	Ortskomitee Halle auf Listen	1,50 „
Sommerfest, Arbeiterfänger	4,00 „	Ausgeschlossene Bauarbeiter	10,00 „
Burgwerben		Oberbezirk Nord d. RPD.	57,00 „
Sammlung der Arbeiterfänger	22,00 „	Königschen d. graph. Hilfsarb.	3,02 „
Wapin		Kapetthaler d. Allgem. Konsumvereins Halle	38,50 „
„Klassenkampf“ Halle, Restzahlung Monat August	270,00 „	Gen. Reichsh. Steuer	1,00 „
Arbeiter-Gesangklub Wimmelburg	3,50 „	Zumendung für „R. H.“ beim Begräbnis des Gen. Lehmann, Böhlberg	1,50 „
Randentumklub Eoschau	3,55 „	Gesammelt i. öffentl. Frauenversammlung	6,70 „
Radsportverein „Große Fahrt“ Heideburg	2,25 „	Gesammelt i. Volkspart. 1. 9. 25	7,72 „
Tafel Reichenfels durch Grabow	2,00 „	Von den Muffelberg-Grünigen des	5,00 „
Berggärten Großtreben	23,75 „	Böhlberg	1,00 „
Gesamt Mt. d. RPD.	3,00 „	Krenz	1,00 „
Sammelliste Nr. 17 654, Holzmeißel	10,00 „		
Von dem „Roten Arbeiterklub“ Merseburg	6,00 „		
Von den 11 Mitgliedern der Komm. Proktion i. Randlag	55,00 „		
Erwerbslosie Bitterfeld	7,40 „		

### Quittung

Beim Ortskomitee Halle gingen folgende Gegenstände ein:  
 Frau Koch, Große Gedenktafel, Kinderjahren.  
 Max Vogel, Böhlberg, 3 Pak. Rastoffeln.  
 W. D., Halle, 100 Zigaretten und 1/2 Pfund Tabak.

### Es geht aufwärts

War es im Monat Juni nicht möglich, wegen Geldmangels die laufende Unterstützung zur Auszahlung zu bringen, so ist seit Monat Juli eine Aufwärtsbewegung in dem Sammelergebnis zu verzeichnen. Nach der jetzt vorliegenden Abrechnung des Zentralkomitees für Monat Juli, wurden in ganz Deutschland 47.197,03 Mark aufgebracht. Das ist ein ganz guter Fortschritt gegenüber den vorhergehenden Monaten. Es genügt aber noch lange nicht, den vorübergehenden Monaten. Es genügt aber noch lange nicht, denn die „Rote Hilfe“ braucht jeden Monat etwa 125.000 Mk. Der beschrittene Weg muß schnellstens weiter gegangen werden. Die Ortskomitees und Vertrauensleute müssen unermüßlich tätig sein für die „Rote Hilfe“. Der Anfang ist gemacht, Großes ist noch zu vollbringen.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der „Roten Hilfe“ in Deutschland gibt nachfolgende Aufstellung Auskunft.

### Uebersicht über die Gesamteinnahmen und Ausgaben der R.H. im Monat Juli 1924.

(Zusammengestellt nach dem Kassenbericht des Zentralkomitees und den Kassenberichten der Bezirkskomitees 1-20, 22-28. Der Bericht des Bezirkskomitees von Köln steht noch aus):

Einnahmen:		Ausgaben:	
Einnahmen d. Zentralkasse	78.421,40 Mk.	Familien- und Gefangenenunterstützung	44.910,80 Mk.
Einnahme d. Bezirkstassen	47.197,03 Mk.	Notstandsunterstützung	19.269,95 „
	Sa.: 125.618,43 Mk.	Rechtsschutz	37.576,32 „
Bestand der Zentralkasse am 1. Juli 1924	9.695,88 „	Propaganda	1.500,00 „
Kassenbestand d. Bezirke	12.158,88 „	Bewertung	4.724,00 „
	Total: 147.473,19 „	Unkosten	3.159,49 „
		Kinderheim	1.800,00 „
		Sonstiges	1.867,94 „
		Abführungen	589,85 „
			Sa.: 114.198,35 Mk.
		Kassenbestand der Zentralkasse 31. 7. 24	15.846,57 „
		Kassenbestand der Bezirkstassen	17.428,27 „
			Sa.: 147.473,19 Mk.

### Aus Hessen-Waldeck

In Hessen-Waldeck hat die „Rote Hilfe“ bis jetzt die geringsten Erfolge erzielt. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß in diesem Gebiet verhältnismäßig wenig Kämpfe der Arbeiterschaft stattgefunden haben und infolgedessen das Bedürfnis für die „Rote Hilfe“ noch nicht allgemein empfunden wird. Die Inaktivität der Arbeiterschaft in Hessen-Waldeck gegenüber der „Roten Hilfe“ muß gebrochen werden. Auch in Hessen-Waldeck gibt es Opfer der Klassenjustiz. Die der Unterstützung durch die „Rote Hilfe“ bedürftig sind und für die zumindest die Beiträge aufgebracht werden müssen, die benötigt werden zur Unterstützung. Darüber hinaus hat auch der Kasseler Bezirk die Verpflichtung, Geld abzuführen an das Zentralkomitee für gewährten Rechtsschutz und für das Kinderheim in der „Roten Hilfe“ in Worpsswede. Die proletarische Solidarität der hessischen Arbeiterschaft muß geweckt werden. Es müssen Mitglieder für die „Rote Hilfe“ gewonnen und die Sammelstätigkeit verstärkt werden. Die bisherigen unbedeutenden Ergebnisse müssen entsprechend der Zahl und Leistungsfähigkeit der wertvollen Bevölkerung erhöht werden.

Die „Rote Hilfe“-Arbeiten dürfen nicht mehr dilatorisch behandelt werden. Es muß eine organisierte Tätigkeit einleiten. Ortskomitees der „Roten Hilfe“, die sich aus drei bis fünf Genossen zusammensetzen, müssen sofort in allen größeren Orten gebildet werden. Zur Durchführung der Arbeiten haben sich die Ortskomitees sofort einen breiten Vertrauensmännerkörper zu schaffen, der vorwiegend in den Betrieben, Gewerkschaften, Sportvereinen und den übrigen Arbeiterorganisationen. Die Vertrauensleute müssen in ihren Kreisen Mitglieder für die „Rote Hilfe“ werben und das Material der „Roten Hilfe“ verteilen. Eine breite Organisation muß geschaffen werden. Der Anfang dazu ist gemacht. Fünfzehn Ortskomitees der „Roten Hilfe“ haben sich in den letzten Wochen gebildet in: Cassel, Wolfshagen, Biele, Großalendorfer, Hartels-hausen, Oberlaufungen, Eichenstuth, Ochsenhausen, Mellunnen, Krieh-lar, Heljan, Schwaae, Waldappel, Weichenhausen und Waufried. Nun ans Werk, Genossen! Reigt, daß auch Ihr gemitt seid. Eure proletarische Pflicht zu erfüllen gegenüber den proletarischen Klassen Genossen und deren Angehörigen.

### Rechenhäftsbericht

#### des Bezirkskomitee der R.H. Hessen-Waldeck für Monat August

Das Bezirkskomitee hat im Monat August die laufenden Monatsunterstützungen ausgezahlt an: 7 Frauen, 8 Kinder und 9 Gefangene. Die Höhe der Unterstützungsjahre betrug: für Frauen 12 Mk., für Kinder 6 Mk. und für Gefangene 5 Mk. Ertraunterstützung wurde in drei Fällen gewährt.

Für mehrere Angeklagte wurde beim Zentralkomitee der „Roten Hilfe“ Rechtsschutz beantragt.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bezirkskomitees ergeben sich aus folgender Aufstellung:

Einnahmen:		Ausgaben:	
Vom Zentralkomitee	200,00 Mk.	Familien- und Gefangenenunterstützung	182,00 Mk.
Mitgliedsarten	10,00 „	Notstandsunterstützung	63,00 „
Beitragemarken	17,00 „	Verwaltung	4,00 „
Auf Sammellisten	16,00 „		
Sonstiges	28,63 „		
	Sa.: 262,63 Mk.	Bestand am 31. 8.	37,62 „
Bestand am 1. August	24,59 „		Total: 287,22 Mk.
	Total: 287,22 Mk.		

Die „sonstigen“ Einnahmen setzen sich zusammen aus 10 Mk. von der Bezirksleitung der R.H. und 18,63 Mk. von einer Teller-sammlung in der öffentlichen Gastmann-Verammlung.

Für die Richtigkeit des Berichtes  
 Das Bezirkskomitee. gez.: Götte. Die Revoren. gez.: Löwe.  
 Kassel, den 1. September 1924.